

Gezi-Park Protest 2013: Eine Analyse

Christian Johannes HENRICH*
Alica HENRICH**

Zusammenfassung

Im Sommer 2013 entwickelte sich ein kleiner Protest von wenigen Umweltschützern zu einer landesweiten Protestbewegung gegen die amtierende AKP-Regierung des Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Fortan konnte man täglich im Internet, den Zeitungen und im Fernsehen Informationen über randalierende Demonstranten und staatliche Polizeigewalt bekommen. Aus Ankara hört man Stimmen, die dem Westen vorwerfen, die Proteste initiiert zu haben, seitens der Demonstranten wird der Vorwurf erhoben von einer zunehmend autoritären oder gar diktatorischen Regierung geführt zu werden. Diese kurze Analyse versucht die Ereignisse um die Gezi Park Proteste in den Kontext der türkischen Gesellschaft und Politik einzuordnen.

Schlagwörter: Gezi Park Protest, AKP, Recep Tayyip Erdoğan, Meinungs- und Pressefreiheit

2013 Gezi Parkı Gösterileri: Bir Çözümleme

Özet

2013 yazında küçük bir çevreci grubun gösterileri, iktidarda bulunan Başbakan Recep Tayyip Erdoğan'ın AKP hükümetine karşı ülke çapında gösterilere yol açmıştır. Bunu müteakiben her gün internette, gazetelerde ve televizyonlarda kırıp dökten göstericiler ve polisin şiddet kullanımına yönelik bilgiler edinilmiştir. Ankara, Batı'yı bu gösterileri tetiklemekle itham ederken, göstericiler ise gittikçe otoriter hale gelen hatta diktatörleşen bir hükümetle yönetilme serzenişinde bulunmuşlardır. Bu kısa çözümleme Gezi Parkı gösterilerini Türk toplumu ve siyaseti temelinde ele almaktadır.

Anahtar Kelimeler: Gezi Parkı Gösterileri, Adalet ve Kalkınma Partisi, Recep Tayyip Erdoğan, İfade ve Basın Özgürlüğü

Seit über zwei Monaten protestieren tausende Türken gegen die Baumaßnahmen um den Gezi Park und gegen die AKP-Regierung des Ministerpräsidenten *Recep Tayyip Erdoğan*. Immer wieder kommt es zu brutalen Übergriffen der türkischen Polizei gegen in der Mehrheit friedliche Demonstranten. Diese Polizeigewalt wird von den Demonstranten als Beweis für Erdoğan's autoritären Regierungsstil angesehen. Vergleiche zum syrischen Machthaber *Baschar al-Assad*, dem russischen Präsidenten *Waldimir Putin*, *Benito Mussolini* oder gar zu *Adolf Hitler* werden auf der Straße und in einigen Medien gezogen.¹

Die Autoren haben die Proteste in der Türkei von Beginn an in Istanbul erlebt und mit zahlreichen Menschen unterschiedlichster Auffassung gesprochen. Die wichtigsten

* Dr. phil., Lehrbeauftragter, Universität Siegen, e-mail:johannes.henrich@uni-siegen.de

** MA, Doktorandin, Universität Siegen, e-mail:alica.henrich@web.de

¹ <http://www.hurriyet.com.tr/yazarlar/23742339.asp> vom 01.08.2013.

Gesprächspartner waren Demonstranten und Polizisten, aber auch Diskussionen mit AKP-Anhängern, Euro-Türken, Kommunalpolitikern und Ausländern waren sehr aufschlussreich. Durch die unterschiedlichen Deutungen der Ereignisse und gegenseitige Schuldzuweisungen der sich gegenüberstehenden Gruppen entstand die Idee diese Proteste wissenschaftlich und emotionsfrei zu untersuchen. Wichtige Forschungsfragen lauten: *Ist Erdoğan ein autoritärer oder gar faschistoider Ministerpräsident? Wie hat sich die Demokratie in der Türkei unter seiner Regentschaft verändert? Kann die anhaltende Polizeigewalt allein Erdoğan und seiner Regierung angelastet werden?*

Zur weiteren Analyse des Gezi-Park-Protests ist es wichtig zunächst das politische System oder den Zustand der Demokratie zu untersuchen, um einen aussagekräftigen Rahmen zu definieren und die innenpolitischen Entscheidungsprozesse besser einordnen zu können. Auf unseren Untersuchungsgegenstand bezogen stellt sich die Frage, wie sich die innenpolitischen Machtstrukturen der Türkei auf den Entscheidungsprozess in Bezug auf den Gezi-Park-Protest auswirken.

Theoretischer Rahmen

Anhand des Konzepts der *Defekten Demokratie* von Wolfgang Merkel wird zunächst das Herrschaftssystem in der Türkei bestimmt. Merkel unterscheidet deutlich zwischen defekten Demokratien und autoritären Regimen: Defekte der institutionellen Minima der Demokratie dürfen das demokratische Spiel nicht so weit pervertieren, dass es nur noch die formal-demokratische Fassade für autoritäre Praktiken abgibt. Es muss also auch in defekten Demokratien ein systemerhaltendes Mindestmaß an Freiheit, Gleichheit und Kontrolle für politische Selbstbestimmung aller Bürger verwirklicht sein.²

Defekte Demokratien definiert Merkel als Herrschaftssysteme, die sich durch das Vorhandensein eines weitgehend funktionierenden demokratischen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnen, aber durch Störungen in der Funktionslogik eines oder mehrerer der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind.³

Merkel unterscheidet vier Subtypen defekter Demokratien: die *exklusive Demokratie*, die *illiberale Demokratie*, die *delegative Demokratie* und die *Enklavendemokratie*.⁴ Eine exklusive Demokratie weist Defizite im Wahlregime, also dem Herrschaftszugang oder bei den politischen Teilhaberechten, den Partizipationsmöglichkeiten auf. In einer illiberalen Demokratie sind die bürgerlichen Freiheitsrechte eingeschränkt, d. h. die Rechtsstaatlichkeit ist beschädigt. In der delegativen Demokratie wird die Gewaltenteilung ausgehebelt; es findet keine hinreichende horizontale rechtsstaatliche Kontrolle der Exekutive durch die Legislative und die Judikative statt. Die Enklavendemokratie herrscht vor, wenn die effektive Regierungsgewalt umgangen oder ausgehöhlt wird. Machtcliquen entscheiden anstelle der gewählten Regierung.⁵

² Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen; Croissant, Aurel; Thiery, Peter (Hrsg.), *Defekte Demokratie*. Band 1: Theorie, Leske und Budrich, Opladen, 2003, S. 65.

³ Merkel u. a., a.a.O., S. 66.

⁴ Merkel u. a., a.a.O., S. 69.

⁵ Merkel u. a., a.a.O., S. 70-95.

Merkel weist daraufhin, dass es sich bei den vier Subtypen lediglich um „Extremformen von Differenztypen“ handelt. Diese „reinen Typen“ kommen in der Realität eher selten vor, häufig werden mehr als ein Regime in einer defekten Demokratie beschädigt. In diesem Fall richtet sich der Subtyp nach dem am stärksten beeinträchtigten Regime. Um der Gefahr einer eindimensionalen Definition demokratischer Regime vorzubeugen erweitern wir unser Konzept der Defekten Demokratie und betten die Regime in die drei *Systemumwelten* Staatlichkeit, Zivilgesellschaft und den sozioökonomischen Kontext ein.⁶ Das ebenfalls von Merkel eingeführte *Eingebettete-Demokratie-Konzept*⁷ erlaubt eine abgestufte Einordnung und Bewertung politischer Regime. Es kann daher als mehrdimensionales Konzept verstanden werden.⁸

Als nächster Schritt sollte das politische System der Türkei nach dem Konzept der eingebetteten Demokratie analysiert und gegebenenfalls der Subtyp der defekten Demokratie identifiziert werden. Die Berliner Politologin Gülistan Gürbey sieht das „interne Herrschaftssystem der Türkei weder eindeutig als ‚demokratisch‘ noch ‚autoritär‘“ an.⁹ Sie ordnet die Türkei im Jahr 2005 sowohl dem Subtyp der Enklavendemokratie zu, als auch der illiberalen Demokratie.¹⁰ Der türkische Politologe Osman Nuri Özalp übernimmt die Argumentation von Gürbey und klassifiziert die Türkei 2007 ebenfalls als illiberale Demokratie und als Enklavendemokratie. Außerdem verweist er darauf, dass „wenn man den Regimetyp der Türkei anhand der sechs Kriterien einer liberal-rechtsstaatlichen Demokratie von Merkel/Croissant untersucht, lassen sich [...] in allen Bereichen erhebliche demokratische Defizite feststellen.“¹¹ Hierzu müssen wir das demokratische System der Türkei näher betrachten. Auch wenn das Osmanische Reich bereits seit 1877 ein gewähltes Parlament hatte, kann jedoch „erst mit Gründung der türkischen Republik 1923 [...] de facto von einem zeitgenössischen modernen Parlamentarismus westlicher Prägung gesprochen werden.“¹² Zunächst war die Türkei ein Einparteienstaat mit der *Republikanischen Volkspartei* (CHP) Atatürks als Staatspartei. Atatürk plante und verwaltete zwar den Umbau der türkischen Gesellschaft und der Institutionen, ein Mehrparteiensystem kam in seinem Demokratisierungsprozess allerdings erst an nachgeordneter Stelle. Nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkte sich der öffentliche Unmut über die Parteidiktatur und Präsident İnönü führte 1946 ein Mehrparteiensystem ein. Die Türkei hat damit „als einziger moderner Staat im Nahen Osten formale demokratische Strukturen mit einem kompetitiven Parteiensystem aufgebaut.“¹³ Özalp wirft die Frage auf, ob seit dem Übergang zum Mehrparteiensystem die demokratischen Werte und Normen internalisiert und zur Grundlage politischen Handelns wurden.¹⁴ Zuhâl Yeşilyurt Gündüz stellt dazu fest, dass in der Türkei die formalen,

⁶ vgl. Merkel, a.a.O., S. 50.

⁷ Merkel benutzt den englischen Terminus *embedded democracy*.

⁸ vgl. Özalp, Osman Nuri, *Die türkische Zentralasienpolitik 1990-2007*, Verlag Dr. Kovač, Hamburg, 2008, S. 68.

⁹ Gürbey, Gülistan, *Außenpolitik in defekten Demokratien, Gesellschaftliche Anforderungen und Entscheidungsprozesse in der Türkei 1983-1993*, Campus Verlag, Frankfurt am Main, 2005, S. 30.

¹⁰ Gürbey, a.a.O., S. 37.

¹¹ Özalp, a.a.O., S. 75.

¹² Tröndle, Dirk, *Die türkische Parteidemokratie. Diskussionen über Parteien, Wahlrecht und die politische Kultur*, KAS-AI, 6/2007, S. 39.

¹³ Özalp, a.a.O., S. 74.

¹⁴ Ebenda.

institutionellen Komponenten (wie z. B. das Mehrparteiensystem, freie Wahlen) des demokratischen Staates viel weiter entwickelt sind als die inhaltlichen Komponenten (wie z. B. die Meinungs-, Gewissens-, Koalitionsfreiheit), die der Tradition der bürgerlichen Revolution und der Aufklärung entstammen. Das führte schließlich dazu, dass für die meisten Türken der jederzeit und überall vorhandene (starke) Staat zur Gewohnheit, ja gar zu einem unverzichtbaren Mittel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wurde.¹⁵

Für Heinz Kramer haben „sich die obrigkeitsstaatlichen Elemente des Osmanischen Reiches mit bevormundenden entwicklungs-diktatorischen Zügen des Kemalismus“ vermischt.¹⁶ Der fortlaufende Demokratisierungsprozess der Türkei wird seit dem Assoziierungsvertrag mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1963) und dem Beginn der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union (2005) konstruktiv und kritisch von der EU begleitet. Yeşilyurt-Gündüz stellt fest: „Die Türkei ist heute demokratischer, freiheitlicher, rechtsstaatlicher denn je. Die EU hat viel hierzu beigetragen.“¹⁷ Wie Yeşilyurt Gündüz bereits feststellte, trat der EU-Beitrittsprozess als Motor für die Reformdynamik in der Türkei auf. Die Beitrittspartnerschaft zwischen der Türkei und der EU ist das wichtigste Instrument, das Land auf einen potentiellen EU-Beitritt vorzubereiten. Die zahlreichen Reformen im Verfassungs- und Rechtssystem lassen 2012 keinen anderen Schluss zu, als dass die Herrschaftsausübung in der Türkei nun ausschließlich bei der in allgemeinen und fairen Wahlen legitimierten AKP-Regierung liegt und keine Vetomächte, wie früher das Militär in Form des Nationalen Sicherheitsrates, bestimmte Politikbereiche (*reserved domains*) oder Teile des Staatsterritoriums dem Zugriff der demokratisch gewählten Regierung entzogen sind. Die Türkei erfüllt daher inzwischen nicht mehr die Kriterien, die Merkel für eine Enklavendemokratie ausmachte.¹⁸ Für Merkel ist zwar die bloße Präsenz von Militärs in den institutionellen Entscheidungsarenen bereits ein Beleg für eine Enklavendemokratie¹⁹, da die Reformen Erdoğan's allerdings den Nationalen Sicherheitsrat lediglich als beratendes Gremium mit Verfassungsrang definieren, handelt es sich also nicht mehr um eine „institutionelle Entscheidungsarena“ im Sinne von Merkel. Erdoğan will diesen Weg der Demokratisierung weitergehen und hat direkt nach seinem Wahlsieg vom 12. Juni 2011 den Türken eine neue, zivile Verfassung in Aussicht gestellt.²⁰ Da die AKP die verfassungsändernde Mehrheit von Zweidritteln bei den Wahlen verfehlte, ist sie dabei allerdings auf Zusammenarbeit mit der Opposition angewiesen.

Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei

Nach Merkel bilden bürgerliche Freiheitsrechte und der gleiche Rechtsstatus der Bürger die Kernelemente einer effektiven Staatsbürgerschaft.²¹ Die Grenzen zwischen illiberalen, exklusiven und delegativen Demokratien sind häufig fließend. Während in einer

¹⁵ Yeşilyurt Gündüz, Zuhul, Der Einfluss der Europäischen Union auf die Demokratisierung der Türkei, KAS-AI, 9/2004, S. 49.

¹⁶ Kramer, Heinz, Politische Voraussetzungen eines EG-Beitritts der Türkei, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Politische und wirtschaftliche Voraussetzungen eines EG-Beitritts der Türkei, Sankt Augustin 1989, S. 7.

¹⁷ Yeşilyurt Gündüz, a.a.O., S. 62.

¹⁸ Vgl. Merkel, u. a., a.a.O., S. 71.

¹⁹ vgl. Merkel, u.a., a.a.O., S. 251.

²⁰ vgl. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-06/tuerkei-verfassung-erdogan> vom 01.08.2013.

²¹ Merkel u. a., a.a.O., S. 261.

exklusiven Demokratie die partizipatorischen Elemente beschädigt sind und in einer delegativen Demokratie die horizontalen rechtsstaatlichen Kontrollen (check and balances) beeinträchtigt werden, sind in einer illiberalen Demokratie die Grundprinzipien der Staatsbürgerschaft²² verletzt. Die illiberale Demokratie weist Verletzungen rechtsstaatlicher Prinzipien, sowie Einschränkungen der Gewaltenkontrolle (partiell) und der bürgerlichen Rechte (signifikant) auf. Özalp stellt in der noch heute gültigen türkischen Verfassung von 1982 in vielen Bereichen Defizite fest.²³ Diese Verfassung ist im Verantwortungsbereich des Militärs entstanden. Am deutlichsten werden die Defizite sowohl bei den Freiheitsrechten für Individuen und Vereinigungen, als auch beim gesellschaftlichen und politischen Pluralismus sichtbar. Die Qualität einer Demokratie lässt sich an ihrer Zivilgesellschaft ablesen. Zahlreiche Einrichtungen, Institutionen und NGO's befassen sich mit der Entwicklung von Zivilgesellschaften, Demokratisierungsprozessen und Menschenrechten. Im Bereich der bürgerlichen Rechte wird der Türkei vorgeworfen im türkischen Strafgesetzbuch (tStGB) erheblich die freie Meinungsäußerung zu beeinträchtigen. Laut Amnesty International bestehen neben dem § 301 (Beleidigung der türkischen Nation) weitere Paragraphen des tStGB²⁴ und anderer Gesetze²⁵, die die Meinungsfreiheit in der Türkei beschneiden. Zudem werden von AI im Bericht 2011 unfaire Gerichtsverfahren, schlechte Haftbedingungen sowie Folter und Misshandlungen in Polizeigewahrsam kritisiert.²⁶ Im Jahresbericht 2012 bemängelt AI den Reformstau und sah stattdessen das Recht auf freie Meinungsäußerung bedroht, zudem beobachtete man eine zunehmende Polizeigewalt gegen Demonstranten.²⁷ In diesem Jahr wurde weiterhin die Meinungsfreiheit als eingeschränkt beschrieben, unverhältnismäßiger Gewaltanwendungen seitens der Polizei gegen friedliche Demonstrationen wurden.²⁸ In ähnlich kritischer Weise äußert sich *Human Rights Watch*.²⁹ Neben der Meinungsfreiheit ist auch die Pressefreiheit in der Türkei erheblich eingeschränkt. Die internationale Organisation *Reporter ohne Grenzen* (RSF) unterstellt der Türkei: In einer Zeit in der sich das Land selber als regionales Vorbild gibt, macht die Türkei einen großen Schritt zurück und verliert zehn Plätze im Press Freedom Index 2011/2012.³⁰ Im Press Freedom Index 2012/2013 fällt die Türkei weitere 6 Plätze zurück und rangiert nun auf Platz 154 von 179.³¹ 2006 rangierte die Türkei noch auf dem 98. Platz. Die Pressefreiheit hat sich in der Türkei seit 2008 stetig verschlechtert. Die RSF wirft der Regierung in Ankara vor, weit weg von der Durchführung zugesagter Reformen zu sein. Das Justizsystem habe Verhaftungswellen gegen Journalisten gestartet, die es so seit der Militärregierung nicht gegeben hat.³² Insgesamt bewerten sie den

²² hierzu zählen die Grundrechte, Menschenrechte, Freiheitsrechte und Bürgerrechte.

²³ Özalp, a.a.O., S. 79.

²⁴ so § 216 Aufstachelung des Volkes zu Zorn und Feindseligkeiten oder Herabwürdigung, § 222 Kopfbedeckung und türkische Buchstaben, § 288 Versuch der Einflussnahme auf gerechte Verfahren und § 318 negative Beeinflussung der Einstellung des Volkes zum Wehrdienst.

²⁵ Gesetz Nr. 5816 Herabwürdigung Atatürks und das Antiterrorgesetz (Nr. 5532).

²⁶ vgl. Amnesty International 2011: S. 2-4.

²⁷ vgl. Amnesty International 2012: <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2012/tuerkei> vom 01.08.2013.

²⁸ vgl. Amnesty International 2013: <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2013/tuerkei> vom 01.08.2013.

²⁹ vgl. Human Rights Watch 2012: S. 2-3.

³⁰ vgl. http://en.rsf.org/spip.php?page=classement&id_rubrique=1043 vom 01.08.2013.

³¹ vgl. <http://en.rsf.org/press-freedom-index-2013,1054.html> vom 01.08.2013.

³² vgl. http://en.rsf.org/spip.php?page=classement&id_rubrique=1043 vom 01.08.2013.

Zustand der Pressefreiheit in der Türkei mit „schwierige Situation“ (*difficult situation*).³³ Damit liegt die Türkei nur eine Stufe oberhalb der schlechtesten Kategorie, zu der Länder wie China, Kuba, Iran, Sudan, Syrien und Weißrussland gehören. Auch das US-amerikanische *Freedom House* sieht im Bereich der Pressefreiheit schwerwiegende Defizite und stuft die Türkei 2011 als „teilweise frei“ (*partly free*) ein.³⁴ Sie attestieren der AKP ein hartes Vorgehen gegenüber ungünstigen Berichterstattungen in der Presse.³⁵ Das anhaltende Schikanieren und die Festnahmen von Journalisten in der Türkei, einige sind seit zwei Jahren in Untersuchungshaft, stellt laut *Freedom House* eine alarmierende Bedrohung der Pressefreiheit dar.³⁶ Laut der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) sind in der Türkei derzeit 95 Journalisten inhaftiert.³⁷ Das sind mehr als in China oder dem Iran, obwohl beide Länder bevölkerungsreicher sind. Allerdings waren die Medien in der Türkei noch nie richtig frei. Früher hat das Militär Journalisten unter Druck gesetzt, heute macht es die Regierung. Die Veränderung der Pressefreiheit in den letzten 20 bis 30 Jahren beschreibt der türkische Jurist und Journalist *Ragip Duran* in einem Interview mit der *Deutschen Welle* so:

Früher wurden unsere Kollegen ermordet, Zeitungsbüros wurden zerbombt, es wurden Repressalien von Militärs ausgeübt, es wurde zensiert. Heute werden zwar keine Journalisten mehr ermordet. Aber wo wir früher zu den Beerdigungen unserer Kollegen gingen, müssen wir heute Gefängnisse besuchen oder bei Gerichtsverhandlungen dabei sein. Die Zensur, die Selbstzensur und der Druck auf die Medienanstalten und Journalisten ist im Vergleich zur Situation vor 20 bis 30 Jahren viel stärker vorhanden.³⁸

Die OSZE-Medienbeauftragte *Dunja Mijatović* kritisiert Anfang April 2012 diese restriktive Vorgehensweise gegen Journalisten und Pressevertreter in der Türkei: „Die schiere Zahl der inhaftierten Journalisten wirft grundlegende Fragen über Gesetzgebung und Politik über den Journalismus und die freie Meinungsäußerung in der Türkei auf. Ich bin besorgt, dass die Androhung von Haftstrafen zu einer weiteren weit verbreiteten Selbstzensur führen wird.“³⁹ Mijatović warnt nicht nur vor einer drohenden Selbstzensur der Medien, sie weist auch auf eine fortschreitende Internetzensur der türkischen Regierung hin. Die Medienbeauftragte hat die Türkei unlängst aufgefordert, das Internetgesetz (Nr. 5651) den internationalen Standards zur Meinungsfreiheit anzupassen. Zwischen 2008 und 2010 sind mehr als 5.000 Internetseiten geblockt worden.⁴⁰ Im Mai 2011 haben Pläne, einen Internetfilter in der Türkei einzuführen, zu scharfer Kritik seitens der OSZE

³³ vgl. <http://en.rsf.org/IMG/jpg/carte2012-2.jpg> vom 01.08.2013.

³⁴ vgl. <http://old.freedomhouse.org/template.cfm?page=251&year=2011> vom 01.08.2013.

³⁵ vgl. <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-press/2011/turkey> vom 01.08.2013.

³⁶ vgl. <http://www.freedomhouse.org/article/journalists%E2%80%99-arrests-signal-growing-press-freedom-backslide-turkey> vom 01.08.2013; vgl. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-12/tuerkei-festnahmen-medien> vom 01.08.2013.

³⁷ vgl. <http://www.osce.org/fom/89371> vom 01.08.2013; vgl. <http://www.osce.org/fom/89371> vom 01.08.2013.

³⁸ vgl. <http://www.dw.de/duran-journalisten-sind-im-gef%C3%A4ngnis-weil-sie-nachrichten-verfassten/a-16783629> vom 01.08.2013.

³⁹ vgl. <http://www.osce.org/fom/89370> vom 01.08.2013; <http://www.osce.org/fom/41091> vom 01.08.2013.

⁴⁰ vgl. <http://www.osce.org/fom/69467> vom 01.08.2013.

Medienbeauftragten und des Erweiterungskommissars der Europäischen Kommission geführt.⁴¹

Allein an diesen Beispielen wird deutlich, dass es erhebliche Defizite im Bereich der bürgerlichen Freiheiten in der Türkei gibt. Dies wird im *Democracy Index 2011* vom Wirtschaftsmagazin *The Economist* ebenfalls bestätigt. Die Türkei erreicht mit 5,73 Punkten Platz 88. von 167 Ländern. Sie liegt in der Gruppe der „Mischregime“ (*hybrid regime*) und verfehlt nur knapp die Einstufung als „defekter Demokratie“ (*flawed democracies*). Den Status defekte Demokratie hätte sie bei einer Punktzahl ab 6,00 erhalten. Mit weniger als 3,95 Punkten gilt ein Regime als Autokratie. Die Einzelergebnisse der Türkei im Demokratie Index 2011 weisen im Wahlsystem und Pluralismus (7,92) sowie in der Funktionsweise der Regierung (7,14) sehr gute Werte auf, während die politische Partizipation (3,89), die politische Kultur (5,00) und die Bürgerrechte (4,71) gravierende Mängel aufweisen.⁴²

Die Aufschlüsselung der Punkte auf die einzelnen Kategorien macht deutlich, dass die grundlegenden Demokratieanforderungen wie ein intaktes Wahlsystem und eine handlungsfähige Regierung in der Türkei erfüllt sind. In der Herausbildung einer starken Zivilgesellschaft hat die Türkei allerdings große Rückstände. Özalp vermerkt: „In einer liberalen Demokratie existieren weitreichende Garantien für politischen und gesellschaftlichen Pluralismus sowie für Freiheitsrechte von Individuen und Vereinigungen. Die türkische Demokratie weist in diesen Bereichen erhebliche Defizite auf.“⁴³

Seit 2003 unterzieht die Bertelsmann Stiftung die Transformations- und Entwicklungsländer einer regelmäßigen Untersuchung zum Stand der Demokratie und der Marktwirtschaft. Die Untersuchungsergebnisse werden im Bertelsmann Transformationsindex (BTI)⁴⁴ veröffentlicht und ermöglichen so eine vergleichende Bewertung und Klassifizierung der Transformationsstaaten. Nach dem BTI 2012 erreicht die Türkei 7,7 Punkte und wird als defekte Demokratie auf dem Sprung zur konsolidierenden Demokratie eingestuft. Die besten Werte erhält die türkische Demokratie bei der Gewaltenteilung, der Verwaltung und der effektiven Regierungsgewalt mit jeweils neun Punkten. Die türkische Verwaltung wird als solide, aber grundlegend reformbedürftig bewertet. Das Rechtssystem, insbesondere die Strafverfolgungsbehörden, sei zum größten Teil frei von Korruption.⁴⁵ Die Verfassungsreform von 2010 interpretiert auch der BTI 2012 als Machtverschiebung weg vom Militär und hin zur zivilen Administration.⁴⁶ Der schlechteste Wert sind sechs Punkte im Parteiensystem. Hier wird vor allem die Sperrklausel in Höhe von zehn Prozent kritisiert. Man sieht darin ein ernsthaftes Hindernis für kleinere Parteien wie zum Beispiel einer kurdischen Partei.⁴⁷

⁴¹ vgl. <http://www.hurriyetdailynews.com/default.aspx?pageid=438&n=eu-asks-turkey-to-consider-internet-filtering-2011-05-18> vom 01.08.2013.

⁴² vgl. *The Economist* 2011: S. 6.

⁴³ Özalp, a.a.O., S. 80.

⁴⁴ Im BTI werden Punkte von eins (schlechtester Wert) bis zehn (besten Wert) vergeben. Der BTI klassifiziert Länder mit weniger als 4 Punkten als harte oder gemäßigte Autokratie, zwischen vier und sechs Punkten als stark defekte Demokratie, zwischen sechs und acht Punkten als defekte Demokratie und zwischen acht und zehn Punkten als konsolidierende Demokratie.

⁴⁵ BTI 2012: S. 7.

⁴⁶ BTI 2012: S. 7.

⁴⁷ BTI 2012: S. 11-12.

Aufgrund der Kriterien von Merkel und der vorangegangenen Analyse ist die Türkei immer noch zweifelsfrei als illiberale Demokratie zu bezeichnen. Es zeigen sich zwar einige Fortschritte im Bereich der Gesetzgebung, dennoch sind die demokratischen Defizite, insbesondere im Bereich der bürgerlichen Freiheiten, existent. Während The Economist die Türkei insgesamt sehr pessimistisch als Mischsystem zwischen Demokratie und Autokratie einstuft, sind die Analysten der Bertelsmann Stiftung etwas optimistischer und sehen die Türkei als defekte Demokratie an der Schwelle zur konsolidierenden Demokratie. Die von Reportern ohne Grenzen, Human Rights Watch, Amnesty International und Freedom House angeführten Defizite im Bereich der freien Meinungsäußerung und der Pressefreiheit sind hingegen gravierende Hindernisse für die Entwicklung einer rechtsstaatlichen Demokratie mit einer emanzipierten und verantwortungsbewussten Zivilgesellschaft.

Gezi-Park Protest als Fallbeispiel

Die Verfasser sehen keine Anhaltspunkte, die Türkei unter Ministerpräsident Erdoğan als faschistoides System zu klassifizieren, dennoch ist ein autoritärer Führungsstil Erdoğan's erkennbar. Die Türkei ist eine defekte, illiberale Demokratie mit weitreichender Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit und zunehmenden Tendenzen hin zu einem Polizei- oder Überwachungsstaat. Im Zuge der Gezi-Park-Protestbewegung hat die regierende AKP unter Erdoğan wiederholt die Polizei aufgefordert kompromisslos gegen die Demonstranten vorzugehen.⁴⁸ Verhaftete berichten von physischen und psychischen Misshandlungen durch die Polizei. Videos im Internet belegen die rücksichtslose Polizeigewalt gegen friedliche Demonstranten.⁴⁹ Die türkische Staatsanwaltschaft ermittelt nicht oder nur halbherzig gegen Polizeibeamte, kommt es doch zur Anklage, sprechen die Richter die angeklagten Sicherheitsbeamten in der Regel im Schnellverfahren frei.⁵⁰ Forderungen nach unabhängigen und überparteilichen Untersuchungen, damit die Verantwortlichen bestraft werden können, wie sie unter anderem der Menschenrechtskommissar des Europarates *Nils Muiznieks* stellte,⁵¹ werden wahrscheinlich ins Leere laufen. Da wird das nächste türkische Problem offenkundig: die Abhängigkeit der Justiz von der Regierung. Zu oft werden Regierungskritiker (Journalisten, Schriftsteller, Oppositionelle, etc.) auf Grund des Antiterrorgesetzes jahrelang ohne Anklageerhebung in Untersuchungshaft gesteckt. Obwohl Erdoğan noch im letzten Jahr diese unmenschliche und überlange Untersuchungshaft von bis zu fünf Jahren reduzieren wollte, hat er im April 2013 einen Gesetzesentwurf vom Parlament verabschieden lassen, dass eine Untersuchungshaft bis

⁴⁸ vgl. <http://www.cumhuriyet.com.tr/?hn=422958> vom 01.08.2013; <http://www.aksam.com.tr/siyaset/basbakan-erdogan-gezi-parki-bosalmazsa-gereken-yapilir/haber-216139> vom 01.08.2013.

⁴⁹ vgl. http://www.youtube.com/watch?v=nIFx10H_IK0 vom 01.08.2013;
<http://www.youtube.com/watch?v=t2gE0dW33Ss> vom 01.08.2013.

⁵⁰ vgl. <http://www.hurriyet.com.tr/gundem/23575734.asp> vom 01.08.2013.

⁵¹ vgl. <http://www.hurriyetdailynews.com/excessive-use-of-force-during-gezi-protests-should-be-punished-council-of-europe.aspx?pageID=238&nID=50247&NewsCatID=351> vom 01.08.2013.

zu zehn Jahren ermöglicht.⁵² Anfang Juli hat das Verfassungsgericht diesen Gesetzesentwurf wegen „Unverhältnismäßigkeit“ für verfassungswidrig erklärt.⁵³

Die Rücksichtslosigkeit der türkischen Regierung gegenüber ihren Kritikern während des Gezi-Park-Protests wird im Umgang mit Ärzten und anderen Ersthelfern deutlich. Wie zahlreiche Medien und die türkische Ärztekammer (TTB) berichteten, wurden während der Räumung des Gezi-Parks in der Nacht vom 15. Juni auf den 16. Juni auch Ärzte, Krankenschwestern, Medizinstudenten und andere Helfer von der Polizei attackiert und verhaftet. Insbesondere das deutsche Krankenhaus und die als Notlazarett fungierende Lobby des *Divan* Hotels und des *Ramada* Hotels wurden Ziel der Polizeigewalt. Das Gesundheitsministerium forderte die TTB auf die Namen derer zu nennen, die Erste-Hilfe leisteten und Listen mit den Namen der Patienten auszuhändigen.⁵⁴ Es wurde in dem offiziellen Schreiben des Ministeriums die Frage gestellt, warum man nicht das Gesundheitsministerium um Erlaubnis gefragt habe medizinische Hilfe leisten und Lazarette einrichten zu wollen. Vor dem Hintergrund des Hippokratischen Eids und der Genfer Deklaration von 1948 gab Vivienne Nathanson, Direktoren der britischen Ärztekammer (BMA), die richtige Antwort: „Medizinisches Personal zu bedrohen oder zu verhaften, die lediglich ihre medizinische Pflicht taten, ist ein fundamentale Verletzung des internationalen Menschenrechts und der international verbindlichen ärztlichen Berufung.“⁵⁵ Derzeit arbeitet die AKP-Regierung an einem Gesetzentwurf, dass in Zukunft nicht mehr die Ärztekammer, und damit Mediziner, über den Entzug der Approbation eines Arztes entscheiden soll, sondern das Gesundheitsministerium, also Beamte und Politiker.

Polarisierung der türkischen Politik und Gesellschaft

Erdoğan hat in seiner zehnjährigen Amtszeit zahlreiche Reformen und Demokratisierungsprozesse in Gang gesetzt. Er hat das Militär unter zivile Kontrolle gebracht, den nicht-muslimischen Gruppierungen von den Kemalisten konfiszierte Immobilien wieder gegeben, Armenier (Van, Kloster Akdamar) und Griechen (Trabzon, Kloster Sumela) durften nach fast einem Jahrhundert wieder Heilige Messen feiern und er hat einen Friedensprozess mit den Kurden begonnen.

Gleichzeitig polarisiert er durch seine überheblich und aggressiv wirkende Art und treibt einen tiefen Keil zwischen die sunnitische Mehrheitsgesellschaft und die alevitische Minderheit. Aber auch andere Randgruppen (Homosexuelle, Atheisten, etc.) werden von seiner Politik ausgegrenzt. Burak Gümüş schreibt, dass Randgruppen für die Erhaltung des Herrschaftssystems funktional bedeutsam seien. „Sie [Randgruppen] leisten einen Beitrag zur negativen Selbstdefinition und Binnenintegration der Kerngesellschaft bzw. der Staatsbevölkerung: Stabilisierung nach innen wird durch Stabilisierung nach außen erreicht.“ Die Diskriminierung einzelner Randgruppen dient als Abschreckung für die Kerngesellschaft

⁵² vgl. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/probleme-der-tuerkischen-justiz-schoen-demokratisch-ist-s-im-wohzimmer-12151272.html> vom 01.08.2013.

⁵³ vgl. <http://www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de/2013/07/480366/justizreform-in-tuerkei-verfassungsgericht-gegen-verlaengerung-der-u-haft/> vom 01.08.2013.

⁵⁴ vgl. <http://www.ttb.org.tr/en/index.php/tuem-haberler-blog/179-ttb/1215-physicians-wait-neither-for-permission-nor-order-to-serve-humanity> vom 01.08.2013.

⁵⁵ vgl. <http://bma.org.uk/news-views-analysis/news/2013/june/bma-warns-against-targeting-protestor-treatment-doctors> vom 01.08.2013.

und die Randgruppe kann zusätzlich noch als Aggressionsobjekt fungieren.⁵⁶ Dieses in der Türkei praktizierte Herrschaftssystem ist dabei keine Erfindung Erdoğan's, auch die kemalistischen Regierungen haben mit Randgruppen als Feindbild Politik gemacht. Seit der Republikgründung 1923 bis zum Wahlsieg der AKP im Jahre 2002 stellten westliche Kemalisten die politische Elite in der Türkei. Sie agierten in der Regel mit drei Feindbildern: Christen (bis in die 1970er Jahre), Kurden (insbesondere seit den 1980er Jahren) und Islamisten (seit 1923). Erdoğan musste seit seiner Jugend erfahren, dass seine religiöse Lebensweise in der Türkei nicht erwünscht ist. In seiner Jugend wurde er bereits sehr früh politisiert sowie radikalisiert. Deshalb schloss er sich der islamistischen Gruppe „Verein der Vorkämpfer“ (Akıncılar Derneği) an. Als politischer Ziehsohn des islamisch-konservativen Politikers und ehemaligen Ministerpräsidenten *Necmettin Erbakan* hat er selber vier Parteiverbote und einen Gefängnisaufenthalt der kemalistischen Elite zu verdanken.⁵⁷

Seit dem Wahlsieg der islamisch-konservativen AKP haben sich Akteure und Randgruppen verschoben. Nun sitzen die islamischen Kräfte an den Schalthebeln der Regierung und haben zahlreiche Zugeständnisse an Christen und Kurden gemacht. Erstmals in der Geschichte scheint ein Frieden zwischen der PKK und der Türkei nach über 40.000 Opfern möglich. Allerdings baut auch die AKP auf ein Herrschaftssystem mit Randgruppen als Abschreckung und/oder Aggressionsobjekt für die Kerngesellschaft. Diese neue türkische Kerngesellschaft unter der AKP besteht überwiegend aus Türken und Kurden sunnitischen Glaubens, die Aleviten wurden von den neuen Machthabern an den Rand der Gesellschaft gedrängt.⁵⁸

Schlussfolgerungen

Die übertriebene Polizeigewalt muss natürlich der türkischen Exekutive angelastet werden. Ob nun im Einzelnen der Ministerpräsident, der Innenminister, der Gouverneur, der Polizeipräsident oder die Einsatzleiter die Befehle erteilt haben, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Diese Unterscheidung ist auch nur für eine juristische Schuldfrage von Bedeutung. Die politische Verantwortung trägt Erdoğan gemeinsam mit seinen anderen Parteifreunden aus der Regierungsrige. Ungeachtet von der inakzeptablen Polizeigewalt gegen friedliche Demonstranten, Journalisten, Touristen und ziviler Einrichtungen wie die Notlazarette im Divan Hotel und dem deutschen Krankenhaus, ist die Polizeigewalt auch nichts Ungewöhnliches in der türkischen Geschichte. Die Türkei hat seit ihrer Gründung einen Hang zum Polizeistaat und neigte immer zur übertriebenen Polizeigewalt. Längst melden sich

⁵⁶ vgl. Gümüş, Burak, *Türkische Aleviten - Vom Osmanischen Reich bis zur heutigen Türkei*, Konstanz, 2001, S. 17-18.

⁵⁷ 1971 wurde die Nationale Ordnungspartei (MNP) durch das Militär verboten, 1980 wurde die Nationale Heilspartei (MSP) ebenfalls vom Militär verboten, das Verfassungsgericht hat 1998 die Wohlfahrtspartei (RP) und 2001 die Tugendpartei (FP) wegen anti-laizistischer Aktivitäten verboten. 1998 wurde Erdoğan wegen Volksverhetzung zu einer zehnmonatigen Freiheitsstrafe und zu einem lebenslangem Politikverbot verurteilt.

⁵⁸ Diese Ausgrenzung zeigt sich in der Nichtanerkennung des Alevitentums als offizielle Religionsgemeinschaft. Auch die Benennung der dritten Bosphorusbrücke nach Yavuz Sultan Selim, der als „Schlächter der Aleviten“ in die Geschichtsbücher eingegangen ist, belegt diese anti-alevitisches Haltung der sunnitischen AKP.

auch Polizisten anonym zu Wort und beklagen die harten Befehle und das falsche Vorgehen der eigenen Kollegen.⁵⁹

Erdoğan hat die historische Chance vertan, nach dem Militär auch die Polizei und die Justiz zu reformieren und die Türkei rechtsstaatlicher zu machen. Seine autoritär empfundene Art und seine Einmischung in das Privatleben seiner Bürger halten den Gezi-Park-Protest am Leben. Viele moderne Türken sind es leid, dass Erdoğan durch das neue Alkoholgesetz, das geplante Abtreibungsverbot, die Untersagung von Kaiserschnitten, die Forderung jede Frau solle mindestens drei Kinder gebären versucht ihre Lebensart zu ändern.

Die Gezi-Park-Protestbewegung der vergangenen Wochen hat die Schwäche des politischen Systems der Türkei offenbart. Dieser Protest kann als erste Graswurzelbewegung der Türkei angesehen werden. Waren die Massenproteste 2007 noch von der oppositionellen CHP organisiert worden, sind diesmal die Menschen spontan auf die Straße gegangen und organisierten sich selber über die sozialen Medien wie Facebook und Twitter. Ein nicht unbedeutender Teil der türkischen Bevölkerung hat sich gegen die Bevormundung durch den Staat erhoben.

⁵⁹ vgl. <http://www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de/2013/07/481520/wenn-das-schlechte-gewissen-plagt-tuerkische-polizisten-nehmen-demonstranten-in-schutz/> vom 01.08.2013.

Literaturverzeichnis

Amnesty International: Länderbericht Türkei 2010

http://www.amnesty.de/jahresbericht/2010/tuerkei?destination=node%2F3031%3Fcountry%3D116%26topic%3D%26node_type%3Dai_annual_report%26from_month%3D0%26from_year%3D%26to_month%3D12%26to_year%3D2010%26submit_x%3D72%26submit_y%3D6%26submit%3DAuswahl%2Banzeigen%26result_limit%3D10%26form_id%3Dai_core_search_form [aufgerufen am 09.04.2012].

Amnesty International: Amnesty Report 2011 - Türkei

<http://www.amnesty.de/jahresbericht/2011/tuerkei> [aufgerufen am 09.04.2012].

BTI 2012 Turkey Country Report,

<http://www.bti-project.de/laendergutachten/mena/tur/2012/> [abgerufen am 17.04.2012].

Gümüş, Burak: Türkische Aleviten - Vom Osmanischen Reich bis zur heutigen Türkei. Konstanz 2001.

Gürbey, Gülistan: Außenpolitik in defekten Demokratien. Gesellschaftliche Anforderungen und Entscheidungsprozesse in der Türkei 1983-1993. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2005.

Henrich, Christian Johannes: Der lange Weg nach Europa: Veränderungsprozessen und Doppelstandards. In: Henrich, Christian Johannes; Gieler, Wolfgang (Hrsg.): Türkisches Europa - Europäische Türkei. Türken in Europa, türkisch-europäische Identitäten und türkische Politikbereiche vor dem Hintergrund der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union. Bonn: Scientia Bonnensis 2008, S. 233-258.

Human Rights Watch: World Report 2012: Turkey

http://www.hrw.org/sites/default/files/related_material/turkey_2012.pdf [aufgerufen am 10.04.2012].

Kramer, Heinz: Politische Voraussetzungen eines EG-Beitritts der Türkei. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Politische und wirtschaftliche Voraussetzungen eines EG-Beitritts der Türkei. Sankt Augustin 1989.

Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen; Croissant, Aurel; Thiery, Peter (Hrsg.): Defekte Demokratie. Band 1: Theorie. Opladen: Leske und Budrich 2003.

Özalp, Osman Nuri: Die türkische Zentralasienpolitik 1990-2007. Hamburg: Verlag Dr. Kovač 2008.

The Economist: Democracy Index 2011,

http://www.eiu.com/public/topical_report.aspx?campaignid=DemocracyIndex2011 [aufgerufen am 10.04.2012].

Tröndle, Dirk: Die türkische Parteiendemokratie. Diskussionen über Parteien, Wahlrecht und die politische Kultur. KAS-AI 6/2007, S. 31–67.

Yeşilyurt Gündüz, Zuhâl: Der Einfluss der Europäischen Union auf die Demokratisierung der Türkei. Aus: KAS-AI 9/2004, S. 43–62.